MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Kandidat Trittin: *„Wir sind der mehrheitsentscheidende Faktor in der zentralen Machtfrage“*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich trete an“

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin, 58, kündigt seine Spitzenkandidatur für den Bundestagswahlkampf an, hält höhere Transfers nach Europa für nötig und glaubt nicht an eine schwarz-grüne Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel.

SPIEGEL: Herr Trittin, seit fast einem Jahr streiten die Grünen über die Spitzenkandidatur für den Bundestagswahlkampf 2013. Im gleichen Zeitraum hat die Partei in den Umfragen ein Drittel ihrer Unterstützer verloren. Wie lange wollen Sie so weitermachen?

Trittin: Wir wollen diese Entscheidung Anfang September treffen, deshalb ist es an der Zeit, sich zu erklären. Ich trete an und möchte einer der beiden Spitzenkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen sein.

SPIEGEL: Warum?

Trittin: Weil ich glaube, dass ich als Spitzenkandidat meiner Partei in einem Wahlkampf helfen kann, in dem es um drei zentrale Fragen gehen wird: Wie erreichen wir mehr Verteilungsgerechtigkeit? Lösen wir die Euro-Krise mit mehr Europa oder mit weniger? Schaffen wir die Energiewende so, dass der Rest der Welt sich weiter daran ein Beispiel nehmen möchte?

SPIEGEL: Haben Sie zwischenzeitlich auch mal erwogen, nicht anzutreten?

Trittin: Ich habe mir das Ganze jedenfalls gründlich überlegt. Ich stehe für einen Wahlkampf, der darauf abzielt, die CDU/CSU und die FDP vollständig abzulösen. Das ist die schlechteste Regierung, die Deutschland seit Jahrzehnten hatte. Von ihr kamen kaum neue Gesetze, und die wenigen wurden teils von Karlsruhe kassiert, wie beim Wahlgesetz, oder die Regierung nahm sie selbst zurück, wie beim Atomausstieg. Es ist Zeit für einen Wechsel – auf den Europa wartet.

SPIEGEL: Rechnen Sie mit einer Urwahl der grünen Spitzenkandidaten, oder wird es eine einvernehmliche Lösung geben?

Trittin: Wer für diese Position kandidiert, muss sich einem demokratischen Votum der Partei stellen. Aber wenn es nur zwei Bewerbungen gibt, ist eine Urabstimmung nicht so drängend, dann reicht vielleicht eine Entscheidung des nächsten Parteitags. Es hängt auch von der Zahl der Kandidaten ab.

SPIEGEL: Sollten die Grünen wieder ein Team aufstellen, damit sich keiner zurückgesetzt fühlt?

Trittin: Wir haben einmütig beschlossen, mit zwei Spitzenleuten in den Wahlkampf zu gehen, und das halte ich für richtig. Wir brauchen diese personelle Zuspitzung, um mit unseren Inhalten durchzudringen.

SPIEGEL: Deshalb hat Ihr bisher erfolgreichster Wahlkämpfer, der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann, wohl auch empfohlen, nur mit einem einzigen Spitzenkandidaten anzutreten.

Trittin: Das gab es einmal mit Joschka Fischer, aber seitdem sind wir der Überzeugung, dass eine Doppelspitze besser zu uns passt. Übrigens haben wir auf Bundesebene unser bisher mit Abstand bestes Ergebnis mit einem Duo geholt, nämlich mit Renate Künast und mir 2009.

SPIEGEL: Als mögliche Partnerin für Sie werden Katrin Göring-Eckardt, Renate Künast und Claudia Roth gehandelt. Welche ist Ihnen die liebste?

Trittin: Das wird die Partei entscheiden, meine Vorlieben spielen da überhaupt keine Rolle. Mit allen Frauen, über deren Kandidatur bisher spekuliert wird, kann ich gut zusammenarbeiten: Ich kenne ihre Stärken und Fähigkeiten. Aber vielleicht will die Partei auch zwei Frauen an der Spitze. Ich bin als Mann nicht gesetzt und maße mir erst recht nicht das Privileg an, mir eine Partnerin aussuchen zu können.

SPIEGEL: Die Zeiten, als über einen grünen Kanzlerkandidaten diskutiert wurde, sind vorbei?

Trittin: Ich bin dieser Debatte, die von manchen Medien ohne unser Zutun geführt wurde, damals schon entgegengetreten. Die Grünen konkurrieren nur in einzelnen Regionen – wie Göttingen – ernsthaft mit CDU und SPD um Platz eins, nicht im Bund. Dort sind wir aber der mehrheitsentscheidende Faktor in der zentralen Machtfrage bei der Bundestagswahl: Reicht es für Rot-Grün, oder gibt es eine Große Koalition?

SPIEGEL: Ihr Parteivorsitzender Cem Özdemir hat als Wahlziel 15 Prozent plus x definiert. Können Sie das als Spitzenkandidat liefern?

Trittin: Wir müssen deutlich stärker werden als beim letzten Mal, wenn es für eine Mehrheit von Rot-Grün reichen soll. 2009 holten wir 10,7 Prozent. Aber ich habe mir schon lange abgewöhnt, mir irgendwelche Zahlen vor die Nase zu halten. Wichtig ist es, dass unser Ergebnis für eine völlige Ablösung von CDU, CSU und FDP reicht.

SOEREN STACHE / PICTURE ALLIANCE / DPA

Rivalinnen Roth, Künast: *„Meine Vorlieben spielen keine Rolle“*

SPIEGEL: Aber im zentralen Politikfeld Europa haben Sie und die SPD-Führung zuletzt brav die nötigen Mehrheiten für die Kanzlerin im Bundestag organisiert. Will die Opposition Merkel wirklich ablösen?

Trittin: Bei den Euro-Abstimmungen ging es uns nicht um Machtspiele. Frau Merkel hat mehrmals hintereinander unsere Forderungen umgesetzt, wenn auch mit Verspätung. Da können wir nicht sagen, jetzt stimmen wir gegen unsere eigenen Positionen, nur um der Kanzlerin zu schaden. Das Problem bleibt, dass Merkels Schritte immer zu spät kommen.

SPIEGEL: Aber die Schritte sind alle richtig?

Trittin: Ihre Politik im Ganzen ist falsch, weil sie zu wenig tut, und das zu spät. Das zeigt sich gerade wieder besonders dramatisch: Um den finanziellen Handlungsspielraum der bedrängten Euro-Staaten zu erweitern, gäbe es drei Möglichkeiten: einen Altschuldentilgungsfonds, mit dem alle Staaten gegen sehr strikte Auflagen und bei definierten Rückzahlungsraten den Schuldnerstaaten für einen bestimmten Teil der Schulden den Zinsvorteil weitergeben, eine Banklizenz für den dauerhaften Rettungsschirm ESM, was die Märkte beruhigen würde und verhindert, dass die Banken an der Schuldenkrise weiter verdienen, oder massive Anleihenaufkäufe durch die Europäische Zentralbank. Der erste Weg wäre der vernünftigste, aber den blockiert Merkel. Der dritte ist der riskanteste, auf den läuft es wegen Merkels Blockade hinaus.

SPIEGEL: Aber die Geschäftsgrundlage der Währungsunion war nun einmal, dass kein Staat einen anderen aus einer Krise herauskauft. Soll sich das ändern?

Trittin: Diese sogenannte No-bail-out-Klausel existiert weiter, aber die Diskussion, ob Staaten prinzipiell andere herauskaufen dürfen, greift zu kurz. Denn die Krise wurde doch vor allem dadurch ausgelöst, dass Staaten Banken aus der Krise herausgekauft haben. Dabei haben sich diese Staaten teilweise über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit verschuldet. Wir brauchen eine No-bail-out-Klausel für Bankschulden.

SPIEGEL: Griechenland hat sich nicht wegen seiner Banken verschuldet, sondern vor allem, weil ein überdimensionierter Staatsapparat Geschenke an die Wähler verteilt hat.

Trittin: Das gilt nur für Griechenland, aber weder für Irland noch für Spanien. Wir brauchen künftig eine gemeinschaftliche Haushaltskontrolle. Und wir sollten Regeln schaffen, die die Notwendigkeit, Banken zu retten, gar nicht erst aufkommen lässt – von höherem Eigenkapital bis zu einem Bankenrettungsfonds, finanziert von den Banken. Und wir müssen die Risiken mindern, die beim vorübergehenden Bail-out von Staaten entstehen. Der Altschuldentilgungsfonds ist ein solches Instrument, weil er die Staaten dazu nötigt, ihre Schulden abzutragen. Das muss von starken europäischen Institutionen überwacht werden und darf nicht dem Gemauschel der Regierungschefs überlassen bleiben. Merkel hat aber über Jahre dabei mitgemacht, die europäischen Institutionen zu schwächen und zu umgehen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie diese Entwicklung umkehren?

Trittin: Wir werben für eine grundlegende Änderung der europäischen Verträge, und zwar rasch. Wir brauchen eine radikale Vergemeinschaftung der Wirtschaftspolitik, eine Wirtschaftsunion mit klaren Regeln und politisch verantwortlichen Institutionen. Das ist existentiell, wenn

Europa diese Krise politisch und ökonomisch überleben will.

SPIEGEL: Sie tun so, als ob sich nur Deutschland bewegen müsste, und dann wäre alles gut. Dabei sind es doch vor allem die Franzosen, die seit 20 Jahren eine engere politische Union verhindert haben.

Trittin: Wir müssen mit den Franzosen über eine politische Union reden, aber wir müssen auch mit uns über eine stärkere gemeinsame Haftung reden lassen. Das gemeinsame Europa ist eine Transferunion, das war es von Anfang an, da sollten wir uns nichts vormachen. Wir haben eine gemeinsame Agrarpolitik, Struktur- und Regionalfonds. Jetzt betreiben wir mit dem Rettungsschirm ESM den Transfer von Liquidität. Aber dass in einem gemeinsamen Europa Transfers stattfinden, ist nicht wirklich etwas Neues.

SPIEGEL: Die Dimensionen aber schon.

Trittin: Ja, und deshalb müssen wir versuchen, die Summen in den Griff zu kriegen. Wenn wir bloß dem ESM eine Banklizenz geben, verringern wir die Schuldenlast nicht. Dazu brauchen wir den Tilgungsfonds, finanziert aus einer Vermögensabgabe für Millionäre – und nicht durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

SPIEGEL: Unter dem Strich versprechen Sie den Deutschen: Wählt Grün, und wir zahlen noch mehr Geld für Europa.

Trittin: Es ist doch nicht so, dass Deutschland gerade allein der Zahlmeister wäre. Wir profitieren ja eher von der Krise der anderen. Wir haben einen Zinsvorteil von 60 Milliarden durch die Kapitalflucht aus den Krisenländern nach Deutschland. Das wird aber auf Dauer nicht gutgehen. Als Land mit einem hohen Exportanteil, mit einer breit aufgestellten, über eine lange Wertschöpfungskette funktionierenden Industrie brauchen wir starke Absatzmärkte.

SPIEGEL: Damit die Exportindustrie floriert, sollen die deutschen Steuerzahler Süditalien finanzieren. Sieht so Ihr solidarisiertes Europa aus?

Trittin: Wir müssen in die Gemeinschaft Europa investieren, am Ende zum eigenen Nutzen. Wenn wir unseren Wohlstand dauerhaft erhalten wollen, müssen wir die Schuldenkrise in den Griff bekommen. Wir Grüne schlagen deshalb eine Vermögensabgabe vor, denn wir sollten gerade auch einen Beitrag von denen einfordern, deren Vermögen derzeit gerettet werden. Aber es gehört zur Wahrheit auch dazu – gerade hier in Deutschland –, dass wir aus dieser schwierigen Situation nur rauskommen mit mehr Europa, stärkeren Institutionen und auch höheren Transfers. Das muss man den Menschen auch sagen.

SPIEGEL: Das wird vor allem teuer.

Trittin: Ein gemeinsames Europa gibt es nicht zum Nulltarif. Das muss man den Menschen sagen. Genau davor scheut sich die Kanzlerin seit zweieinhalb Jahren. Sie sagt immer, der und der Schritt sei nicht nötig, am Ende kommt er dann doch, kostet aber noch mehr. Ein Zerfall Europas wird für Deutschland mit Abstand am teuersten.

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Mögliche Kandidatin Göring-Eckardt
„Personelle Zuspitzung“

SPIEGEL: Wollen Sie wirklich mit dem Versprechen „Mehr Geld für Europa“ in den Wahlkampf ziehen?

Trittin: Die Krise nimmt keine Rücksicht auf den deutschen Wahlkalender, deswegen müssen viele Entscheidungen wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen und Monaten getroffen werden. Aber wir Grüne werden tatsächlich ein Wahlprogramm beschließen, in dem der Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion, die Einführung einer Bankenunion und die Abgabe von Souveränitätsrechten an gestärkte europäische Institutionen stehen werden. Wir werden erklären, warum wir das tun: damit wir alle langfristig von Europa weiter profitieren können.

SPIEGEL: Halten Sie den Kurs der Kanzlerin für europafeindlich?

Trittin: Er ist europablockierend. Merkel verweigert wichtige Entscheidungen, dazu gehört der Altschuldentilgungsfonds. Sie hat die Einrichtung der europäischen Bankenaufsicht zunächst verhindert und versucht, höhere Eigenkapitalvorschriften für Banken aufzuhalten. Merkel hat innerhalb der Koalition keinen Handlungsspielraum, weil eine FDP, die um ihre Existenz kämpft, alles vergisst, was Hans-Dietrich Genscher ihr einmal beigebracht hat, und die CSU vollends zu einer antieuropäischen Regionalpartei verkümmert ist.

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Trittin, SPIEGEL-Redakteure*
„Da versagt Merkel kläglich“

SPIEGEL: Ihre Aussagen zu Merkels Europapolitik lassen uns grübeln, ob Sie sich nach der Wahl eine schwarz-grüne Koalition im Bund vorstellen können.

Trittin: Da gibt es nicht viel zu grübeln. Für eine solche Koalition gibt es keine Basis. Die Kanzlerin ist in der Europapolitik nicht in der Lage, sich auch nur ansatzweise rechtzeitig in der eigenen Koalition durchzusetzen. Sie scheitert schon an ihrem bayerischen Landesverband, der CSU. Und diejenigen in der CDU, die sich dem Kurs der CSU gern anschließen würden, werden von Woche zu Woche mehr. Das sollte man als starke Kanzlerin eigentlich im Griff haben. Da versagt sie kläglich.

SPIEGEL: Das heißt, Merkel wäre für eine schwarz-grüne Regierung nicht führungsstark genug?

Trittin: Sie hat jedenfalls keinerlei Kontrolle über ihre Basis in Bayern. Und ich kann mir nicht vorstellen, mit einer antieuropäischen Partei wie der CSU eine Regierung zu bilden.

SPIEGEL: Wenn es für Rot-Grün nicht reicht, würden Sie dann auch eine Dreierkoalition mit der FDP oder eine Minderheitsregierung wagen?

Trittin: Im September 2013 gibt es entweder eine eigene Mehrheit von SPD und Grünen, oder es gibt eine Rückkehr zur Großen Koalition. In dieser Klarheit wird die Auseinandersetzung verlaufen. Ein so großes und für Europa wichtiges Land wie Deutschland können Sie nicht regieren, indem Sie sich auf zufällige Mehrheiten stützen.

SPIEGEL: Eine Minderheitsregierung schließen Sie aus?

Trittin: Das dürfte ebenso wenig funktionieren wie eine Ampel. Wenn Rot-Grün keine eigene Mehrheit bekommt, gibt es eine Große Koalition.

SPIEGEL: Hat ein Spitzenkandidat Trittin Vorlieben, was den SPD-Kanzlerkandidaten angeht?

Trittin: Ich würde es mir verbitten, wenn die Sozialdemokraten darüber philosophierten, welche Grünen sie am liebsten hätten. Deswegen halte ich mich auch umgekehrt zurück.

SPIEGEL: Das heißt, Sie treten als Spitzenkandidat der Grünen an, egal welche Partnerin Ihre Partei Ihnen an die Seite stellt und egal welchen Kanzlerkandidaten die SPD auswählt?

Trittin: Ja, weil es auf Grün ankommt.

SPIEGEL: Herr Trittin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Ralf Beste und Georg Mascolo in Berlin.